

**Kriminalität: Warum so viele Bürger Vertrauen in Politik und
Medien verloren haben:**
von Hans-Dieter Bottke

Kriminalität – vor allem Gewalt- sowie Eigentumsdelikte – haben viele Menschen in diesem Lande bereits selbst erfahren: Es wurde in ihre Wohnung eingebrochen oder ihr Auto wurde gestohlen. Noch schlimmer ist es natürlich, Opfer einer Gewalttat geworden zu sein: Neben den körperlichen Verletzungen sind ebenso wenig die psychischen zu unterschätzen. Das gilt in gleicher Weise bei einem Einbruch in die eigenen vier Wände: Danach fühlen sich die Menschen oftmals nicht mehr sicher in ihrem **ZUHAUSE**. Es handelt sich zudem um eine Form von Heimatverlust, vor allem dann, wenn das **Bedrohungsgefühl** wächst, demnächst wieder oder überhaupt erst Opfer solcher Kriminalität zu werden.

Dieses Bedrohungsgefühl wird durch die Angst vor politisch und / oder religiös-fundamentalistisch motiviertem Terrorismus immens verstärkt, selbst wenn die statistische Wahrscheinlichkeit selber davon betroffen zu werden, in der Regel äußerst gering ist. Dieses Gefühl der eigenen Bedrohung entsteht unter anderem dadurch, dass man als normaler Bürger überhaupt nicht einzuschätzen vermag, wann beispielsweise an welchem Ort eine Bombe hochgeht oder jemand mit einem LKW in eine zufällig ausgewählte Menschenmenge rast. Derartig vollkommen unerwartet eintretende Ereignisse verbunden mit der darauf folgenden Medienberichterstattung treffen die Menschen tief ins Herz, eben weil im Prinzip jeder zum Opfer werden kann, ohne sich im Vorfeld davor schützen zu können. Es kann im Prinzip jeden zu jeder Zeit an (fast) jedem Ort wie aus heiterem Himmel treffen. Dies ruft eine Urangst in uns hervor, die durch keine Statistik der Welt weggewischt werden kann.

Eine der vornehmsten Aufgaben des Staates besteht in der Gewährleistung von Sicherheit für die große Mehrheit der rechtstreuen Bürger. Und dafür trägt die Politik die Hauptverantwortung, indem sie für eine entsprechende Gesetzeslage sowie ausreichende Personalstärke einschließlich Materialausstattung bei Polizei und Justiz sorgt. Dazu gehört nicht zuletzt auch die **wirksame** Kontrolle unserer Grenzen, damit nicht Kriminelle oder Terroristen ungehindert ins Land gelangen können.

In der Wahrnehmung nicht weniger Menschen ist die Politik ihren Erwartungen auf diesem Feld bei weitem nicht gerecht geworden. Dies liegt unter anderem an folgenden Gründen:

1. Das **Verantwortungschaos** zwischen örtlichen Polizeibehörden, Landes- und Bundespolizei, den 16 Landesverfassungsschutzbehörden sowie dem Bundesverfassungsschutz und weiteren mehr. Beispielhaft dafür steht das staatliche Versagen im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz am 19.12.2016: Der islamistische Terrorist Anis Amri raste mit einem Sattelzug mitten in den Weihnachtsmarkt, tötete 12 unschuldige Menschen und verletzte 55 weitere zum Teil schwer. Im Vorfeld sowie bei den nach dem Anschlag einsetzenden Ermittlungen offenbarten sich entsetzliche Mängel bei den unterschiedlichsten deutschen Sicherheitsbehörden, wobei das oben erwähnte Verantwortungschaos einen erheblichen Anteil daran hatte. Und genau dafür trägt die Politik die Schuld, weil sie ja für jene organisatorischen Zustände gesorgt hat! Im Internet kann sich jeder auf seriösen Seiten viele aussagekräftige Informationen zu diesem Fall einholen.
2. Die **unzureichende Sicherung der Grenzen**, seien es die europäischen Außengrenzen oder eben die nationalen. Auch hier werden allzu oft die Verantwortlichkeiten auf politischer Ebene zwischen Europa und den Nationalstaaten hin und her geschoben, ohne dass der normale Bürger erkennen kann, wer am Ende wofür die Verantwortung trägt.
3. Eine zu **geringe Personalausstattung von Polizei und Justiz** angesichts der vielfältigen Bedrohungen wird ebenso in der Bevölkerung mit Beunruhigung wahrgenommen. Viele fragen sich: Warum scheint für alles Mögliche Geld da zu sein, aber ausgerechnet nicht für diesem Kernbereich staatlicher Daseinsicherung?!
4. Eine zu **lasche Strafgesetzgebung** mit zu großer Berücksichtigung der Täterseite. Hierauf werde ich anschließend etwas ausführlicher eingehen.

Nachfolgend beschreibe ich zunächst einige Bedrohungslagen, zeige wichtige staatliche Defizite auf und unterbreite einige Vorschläge zur

Besserung der Situation. Einiges davon wird einigen der politisch Verantwortlichen nicht gefallen, so meine Vermutung. Beispielfürwende ich mich hierzu besonders gewaltintensiven Tätergruppen zu, welche zudem noch das öffentlich wahrnehmbare Bild nachhaltig negativ prägen.

Gewalt ist eine der schlimmsten Erfahrungen, die Menschen im Rahmen von Kriminalität machen können: Welche Motive oder Gründe die kriminellen Täter auch haben mögen, zunächst einmal gräbt sich diese durch und durch einschneidende Erfahrung solch brutaler Kriminalität tief ins Gedächtnis der Opfer ein, nicht selten ein Leben lang!

Als ob dies nicht schon schlimm genug wäre, versuchen einige Tätergruppen ihren Taten gar noch eine moralische Rechtfertigung zu geben: Ein kaum zu überbietender Zynismus gegenüber den Opfern ihres kriminellen Handelns, welcher zudem der gesamten Gesellschaft der rechtstreuen Bürger einen nicht hinnehmbaren Schaden in mehrfacher Hinsicht zufügt, wie nachfolgend zu zeigen sein wird:

Politischer Radikalismus, ob nun von rechts oder links oder religiös-fundamentalistisch, ist immer schädlich, da er die Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates angreift und verhöhnt und stattdessen Welterklärungen mit Heilsversprechen abgibt, die irrational, unmoralisch sowie in den meisten Fällen nicht durchführbar sind.

Politisch Radikale sind dementsprechend intolerant, dogmatisch und mit vernünftigen Argumenten nicht erreichbar. In letzter Konsequenz setzen viele Anhänger solcher Irrlehren sogar auf Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Ein zivilisiertes Zusammenleben mit derart verbohrten Subjekten ist nicht möglich. Sie können nur und müssen auch mit aller Härte des Rechtsstaates bekämpft werden, damit sie nicht zu einer erheblichen Gefahr für die Allgemeinheit werden.

Neben gewalttätigen Neonazis sowie kaum weniger gewaltbereiten Linksradikalen gibt es bedauerlicherweise auch kriminelle Banden mit Migrationshintergrund, deren Mitglieder häufig arabischer, türkischer, libanesischer oder anderer Herkunft sind. Auch hier finden sich häufig rassistische Einstellungen, die sich dann aber oft gegen Deutsche richten. Sie pöbeln in der Öffentlichkeit herum, rauben ihre schwächeren Opfer aus und schlagen sie obendrein noch brutal zusammen.

Hinzu kommen Schutzgelderpressung, Drogen- und Frauenhandel mit oftmals damit einhergehender Zwangsprostitution.

Diese Tätergruppen – rechte oder linke Schläger sowie jene mit dem genannten Migrationshintergrund – haben einiges gemeinsam: Sie sind äußerst rücksichtslos und brutal ihren Opfern gegenüber, es handelt sich bei ihnen sehr häufig um sogenannte Modernisierungsverlierer, d.h. sie besitzen aufgrund ihrer geringen schulischen bzw. beruflichen Qualifikation kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt und suchen die Schuld für ihre Lage bei allen anderen, nur nicht bei sich selbst. Die aus ihrer Perspektivlosigkeit resultierenden offenen oder latenten Minderwertigkeitskomplexe versuchen sie mit einfachen Ideologien und Gewalt zu kompensieren, zum Schaden für ihre Opfer und letztlich die gesamte Gesellschaft. Ich habe hier diese Tätergruppen herausgegriffen, weil sie seit einigen Jahren verstärkt einen wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte einnehmen und tatsächlich ein Problem darstellen.

Vor allem die Politik und teilweise auch die Justiz haben häufig kläglich versagt. Hier hilft vor allem erst einmal rigorose Härte und Wegsperrten der Täter solange, bis von ihnen keine Gefahr mehr ausgeht. Man könnte es z.B. so gestalten, dass schon bei der ersten schweren Gewalttat eines erwachsenen – also mindestens achtzehnjährigen Täters – ganz empfindliche Freiheitsstrafen zwingend zu verhängen sind, also einigen gut meinenden Richtern der Spielraum für milde Strafen nicht eingeräumt wird und dass bei einem Rückfall der Übeltäter dann für sehr viele Jahre hinter Gitter kommt, ohne Aussicht auf vorzeitige Entlassung. Ich bin überzeugt davon, dass sich die meisten spätestens nach der ersten Strafe besinnen würden. Dieses konsequente Vorgehen sollte intensiv in die Öffentlichkeit hinein kommuniziert werden, um die abschreckende Wirkung zu erhöhen. Ebenfalls gehört dazu eine dementsprechende Ausstattung von Justiz und Polizei mit genügend Sach- und vor allem Personalmitteln, damit die Täter schnell verhaftet und verurteilt werden können. Die Strafe muss der Tat möglichst unmittelbar auf dem Fuße folgen. Der Einwand, dass Strafen keine oder kaum eine abschreckende Wirkung auf potentielle Täter ausüben, ist hinsichtlich eines erheblichen Teiles der Täter sicherlich unzutreffend, wenn man es so handhabt, wie ich es eben vorgeschlagen habe. Darüber hinaus befänden sich diejenigen dauerhaft hinter Gittern, bei welchen die Abschreckung nicht die erhoffte Wirkung erzielt hätte. Viele Täter verlachen doch zurzeit nur

unseren Staat, wenn sie lediglich eine geringe Strafe erhalten und diese zudem noch zur Bewährung ausgesetzt wird.

Neben den genannten Repressionsmaßnahmen ist es natürlich am besten, durch Prävention eine kriminelle Karriere überhaupt erst gar nicht entstehen zu lassen. Aber gerade auch das von mir vorgeschlagene rigorose Vorgehen hätte nach meiner festen Überzeugung aufgrund seiner Abschreckungswirkung eine stark präventive Wirkung. Dies belegen Beispiele von Richtern, die z.B. bei rechtsextremen Straftätern hart durchgegriffen haben. Dies hat sich unter der betroffenen Personengruppe schnell herumgesprochen und zu einem anderen Verhalten geführt. Bei noch viel schärferem Vorgehen, so wie ich es fordere, wären natürlich noch viel bessere Resultate zu erzielen.

Darüber hinaus sollte man auch bestrebt sein, die oben erwähnte weitgehende berufliche Perspektivlosigkeit zu vermeiden. Dafür sind insbesondere Reformen im Bildungsbereich einschließlich der Förderungsmöglichkeiten in der frühkindlichen Phase vonnöten, um deutlich bessere Voraussetzungen für ein erfolgreiches Berufsleben als zurzeit zu schaffen, vor allem für jene, die aus sozial benachteiligten Milieus stammen. Wer dann aber die ihm gebotenen Chancen nicht ergreift, muss die Konsequenzen auch selber tragen und nicht andere dafür verantwortlich machen oder sie gar ausrauben und zusammenschlagen! Dies gilt selbstverständlich für alle Gewaltkriminellen und nicht nur für die oben herausgegriffenen Gruppen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun noch folgende Gedanken hinsichtlich der **Gerechtigkeit** zur Sprache bringen: In der öffentlichen Diskussion ist vornehmlich von den Tätern und deren Resozialisierung bzw. von Präventionsmaßnahmen die Rede, beides natürlich finanziert durch den Staat und damit vornehmlich aller gesetzestreuen Steuerzahler. Würde es nicht die Gerechtigkeit verlangen, dass diejenigen, die den Schaden angerichtet haben, nicht nur für die dem Opfer entstandenen Verluste aufzukommen hätten, sondern auch die Kosten der Haft sowie Resozialisierung zumindest teilweise abarbeiten müssten? Stellen wir uns einmal folgenden Fall vor: Ein Räuber schlägt sein Opfer brutal zusammen, nimmt ihm sein Bargeld von einigen hundert Euro weg und verbubelt es in den nächsten Tagen nach der Tat. Dann wird er von der Polizei gefasst und daraufhin von einem Gericht verurteilt. Am Ende seiner Haftzeit durchläuft er noch eine sozialpädagogische Maßnahme zur Wiedereingliederung in die

Gesellschaft, um nicht rückfällig zu werden. Neben den körperlichen und psychischen Folgen des Opfers sind folgende materielle Schäden durch den Übeltäter entstanden:

1. das geraubte Geld des Opfers,
2. die Behandlungskosten des Opfers,
3. die Kosten für Polizei, Staatsanwälte, Richter, usw.,
4. die Kosten für die Haftanstalt,
5. die Kosten für die Resozialisierung.

Und für all das bezahlen die gesetzestreuen Bürger und sogar noch das Opfer als Steuerzahler mit. Dies sollten einmal alle bedenken, wenn sie in ihren Überlegungen vor allem nur die Täterseite beleuchten. Ich will mich hier zwar keineswegs gegen Resozialisierungsmaßnahmen wenden, allein schon aus rein praktischen Gründen hinsichtlich geringerer Rückfallquoten, aber man sollte an den Kosten dafür zumindest den Täter spürbar in der Folgezeit beteiligen. Und falls er wieder rückfällig werden sollte, müsste er sehr viel mehr als zurzeit die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen und so lange weggesperrt bleiben, bis die Gesellschaft höchstwahrscheinlich nichts mehr von ihm zu befürchten hat. Neben dem Schutz der Allgemeinheit darf man den gerade aus Opfersicht völlig berechtigten **Sühnecedanken** nicht ignorieren: **Jemand muss eine spürbare Strafe für sein Vergehen erhalten, damit Gerechtigkeit nicht zur hohlen Phrase verkommt!** Hinsichtlich jugendlicher Straftäter – also Personen zwischen 14 und 18 Jahren – sollten zwar natürlich stärker als bei Erwachsenen pädagogische Ansätze mit dem Ziel einer Umkehr Anwendung finden, ohne dabei spürbare und schnell auf die Tat erfolgende Strafen zu vernachlässigen. Insbesondere bei schweren Vergehen oder bei Wiederholungstätern muss konsequent und hart auch bei Jugendlichen gestraft werden. Der Einwand, dass man so nur die Kriminellen von morgen heranzüchtet, wird bei einer kompromisslosen Umsetzung meiner Vorschläge insofern kaum praktische Bedeutung erlangen, weil entweder die Täter ein Einsehen zeigen oder wirklich dauerhaft weggesperrt bleiben und damit der Gesellschaft keinen größeren Schaden mehr zufügen können. Um dies umzusetzen, reichen selbstverständlich die heute üblichen Haftzeiten für Gewaltverbrecher und insbesondere für Wiederholungstäter bei weitem nicht aus. Wenn solche Übeltäter davon ausgehen müssten, dass ihre Gewalttaten

gegen unbescholtene Bürger durch eine wie oben geforderte verstärkte Polizei und Justiz weder unentdeckt noch ungesühnt bleiben würden und diese **Sühne knallhart** wäre, dann würden sie ihr zukünftiges Verhalten genauer überlegen oder eben, bei **fortgesetzter Uneinsichtigkeit**, ihr ganzes Leben letztlich hinter Gittern verbringen. Vor allem jugendlichen Ersttätern sollte man direkt klar machen, wohin ihr Verhalten sie führt, indem ihnen die von mir beschriebenen Konsequenzen eindeutig vor Augen geführt werden. Darauf sollten sie eine kurze Strafe erhalten, die mit Disziplin und harter Arbeit statt passiven Absitzens im ‚Knast‘ verbunden ist, um ihnen zu zeigen, dass man nur so im Leben Erfolg haben wird und nicht anders. Nach Verbüßung einer solchen Strafe muss ihnen klar geworden sein, dass dies der letzte Warnschuss gewesen ist und sie eine zweite Chance erhalten haben. Diejenigen, die das nicht verstehen wollen, werden dann die oben geschilderte **rigorose Behandlung ohne Nachsicht** völlig zurecht erfahren! Wem das zu hart klingen mag, der beantworte sich und anderen doch einmal die Frage, warum denn eigentlich die friedlichen Bürger eine Einschränkung ihrer Freiheit, sich nicht mehr weitgehend sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können, hinnehmen sollten, nur aufgrund des vollkommen unmoralischen, rücksichtslosen und brutalen Verhaltens solcher Gewaltverbrecher? Wer schränkt denn hier die Freiheit von wem ungebührlich ein, der Gewalttäter die der friedlichen Menschen oder die Gesellschaft, die sich vor ihm zu schützen versucht? Und wer muss für die ganzen Kosten, die solche verbrecherischen Subjekte der gesamten Gesellschaft durch ihr Verhalten zufügen, eigentlich aufkommen? Müssen letztlich nicht auch die Opfer durch ihre Steuern für die Haft und Wiedereingliederung der Täter mit bezahlen? Obgleich ich – wie bereits erwähnt – für Resozialisierungsmaßnahmen bin, so sollten die eben aufgeführten Gesichtspunkte viel stärker öffentlich diskutiert werden, wodurch sowohl die Akzeptanz in der Gesellschaft für ein wie von mir gefordertes härteres Durchgreifen verstärkt als auch eine noch stärkere Stigmatisierung solchen Verhaltens befördert werden würde. Es muss versucht werden, dass es selbst in den betroffenen Täterkreisen nicht mehr als ‚cool‘ gilt, Normen zu brechen, Gangstertum oder gar Gewalt zu verherrlichen, sondern dass solches Verhalten verwerflich ist und der Täter sich dadurch selber aus der Gesellschaft ausgrenzt. Ich bin sehr sicher, dass bei einer konsequenten Umsetzung

der aufgeführten Punkte sowohl das Problem rechter oder linker Schläger als auch das krimineller Banden mit und ohne Migrationshintergrund relativ schnell in den Griff zu bekommen wäre sowie die sonstige Gewaltkriminalität deutlich gesenkt werden könnte.

In den letzten Jahren hat sich zudem die radikal-islamistische Ideologie verstärkt auch in Deutschland ausgebreitet bis hin zu terroristischen Anschlägen. Insbesondere selbstmordbereiten Terroristen ist mit Strafandrohung natürlich nicht wirksam im Vorfeld zu begegnen, so wie bei gewöhnlichen Kriminellen. Neben präventiven Maßnahmen – wie oben bereits erwähnt – kann man hier nur durch polizeiliche wie geheimdienstliche Aufklärung versuchen, Attentatspläne rechtzeitig aufzudecken und damit deren Ausführung zu verhindern. Die Politik muss als einen der ersten Schritte das Verantwortungschaos der vielen Sicherheitsbehörden beenden, damit ein wirksames staatliches Handeln viel besser möglich wäre, als dies zurzeit der Fall ist; ich erinnere an den oben bereits erwähnten Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz. Darüber hinaus muss auch dem ideologischen Unterstützerumfeld für solche Terrortaten sowohl mit juristisch-repressiven Maßnahmen begegnet als auch vor allem im öffentlichen Diskurs mit aller Härte entgegengetreten werden. Leider bleibt auch dann noch immer ein gewisses Maß an Unsicherheit bestehen.

Ich habe mich etwas ausführlicher diesem Thema zugewandt, weil **reale Kriminalität** sowie darüber hinaus ein damit einhergehendes **Bedrohungsgefühl** viele Menschen wirklich umtreibt. Hinzu tritt noch das **verletzte Gerechtigkeitsempfinden** bei **ungesühntem** oder in den Augen vieler Menschen **nicht ausreichend gesühntem Unrecht**: Es setzt sich der Eindruck fest, dass der **rechtstreue, ehrliche Bürger in mehrfacher Hinsicht die Dummen sind**.

Daher waren mir diese Ausführungen sehr wichtig, einschließlich der für manchen vielleicht drastischen Vorschläge und Forderungen meinerseits bezüglich des Umgangs mit Kriminellen. Alle jene, die meinen, ich sei dabei zu hart, mögen sich die oben aufgeführten Argumente ins Gedächtnis rufen, welche nicht nur die Opfersicht im engeren Sinne in den Vordergrund rücken, sondern mindestens ebenso die aller ehrlichen und rechtstreuen Bürger, deren Sicherheitsempfinden teilweise erheblich durch Kriminelle eingeschränkt wird und die zusätzlich noch in mehrfacher Hinsicht für alles damit Zusammenhängende über ihre Steuern kräftig bezahlen müssen.